



Willi Zylajew MdB

Sichere Rohstoffversorgung für Wachstum und Arbeitsplätze

Als starke Industrienation zählt unser Land zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Daher brauchen wir Versorgungssicherheit, um Arbeitsplätze und Wachstum bei uns zu sichern. Die Union hat dieses wichtige Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt. Weltweit steigender Bedarf an Rohstoffen und die starke Abhängigkeit von wenigen Abbau-Regionen zeigen, dass der Zugang nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängt, sondern wesentlich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Unsere Politik flankiert die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft. Unsere Ziele sind klar: Es geht darum, Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen, aber auch darum, unsere Abhängigkeit durch Diversifizierung, Recycling und mehr Rohstoffeffizienz zu reduzieren. Durch unsere Rohstoffaußenpolitik wollen wir erreichen, dass Produzenten und Verbraucherländer auf der Basis von Markt und Wettbewerb einen fairen Interessenausgleich finden. Heute Morgen hat der Bundestag einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, in dem wir uns für eine bessere und sichere Rohstoffversorgung einsetzen. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, gegen unzulässige Wettbewerbsverzerrungen und Handelsbeschränkungen vorzugehen und außenwirtschaftliche Instrumente des Bundes bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Nur so können wir die dauerhafte Rohstoffversorgung für unsere Wirtschaft sicherstellen.

Deutschland wird Vorreiter bei der Finanzmarktregulierung

Die Finanzmarkt- und die europäische Staatsschuldenkrise zeigen, dass kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne angemessene Regulierung und Aufsicht sein darf. Es gibt erste Beispiele für Maßnahmen zur Straffung des nationalen Regulierungsrahmens: Aufgrund des Restrukturierungsgesetzes können deutsche Banken nicht mehr auf die Rettung durch den Steuerzahler vertrauen. Die Bankenabgabe zwingt in der Krisenbewältigung zur Bankenbeteiligung. Ungedeckte Leerverkäufe sind seit Sommer 2010 generell verboten. Hinzu kommen stärkere Eingriffsrechte: Verbraucher müssen mit verständlicheren Informationen über Finanzprodukten aufgeklärt werden, Vertriebspersonal wird stärker beaufsichtigt. Weitere Maßnahmen müssen jetzt vor allem auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden. Dies wird nicht einfach.

Versorgung verletzter Soldatinnen und Soldaten soll verbessert werden

Man kann die Leistungen und Verdienste unserer Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland stationiert sind, nicht oft genug würdigen. Leider hatten wir insbesondere in Afghanistan in den vergangenen Jahren viele Verletzte und Tote zu beklagen. Mit dem Gesetzentwurf zur besseren sozialen und finanziellen Versorgung von Bundeswehrangehörigen, die bei einem Auslandseinsatz schwer verletzt wurden, sieht die Bundesregierung nun deutliche Verbesserungen für die Betroffenen vor. So soll u.a. die Entschädigung für im Ausland schwer verletzte Soldaten, die dauerhaft um 50 Prozent erwerbsgemindert sind, von derzeit 80.000 auf 150.000 Euro angehoben werden. Weitere Verbesserungen sind bei Entschädigungszahlungen für Angehörige und bei den Pensionen und Renten für Bundeswehrangehörige vorgesehen. Dies zeigt, dass wir unsere Soldatinnen und Soldaten nicht im Stich lassen.